

auf
t
gewährt.

7.—, 8.—, 11.—

8.—, 10.—, 14.—

0.—, 15.—, 20.—

5.—, 30.—, 40.—

0.—, 60.—, 70.—

15.—, 20.—

5.—, 30.—, 40.—

0.—, 40.—, 50.—

und Herren

M 20.—, 30.—

20.—

12

2.—, 3.—, 4.—

5.—, 6.—, 7.—

M 7.—

5.—, 30.—, 35.—

0.—, 45.—, 50.—

W.

verein Calw

findet im großen

heute Donnerstags

abends 8 Uhr eine

es Theatersstücks

Liese

el in 5 Akten von

arbeitet von Sieg-

Plätze:

., II. Platz Mk. -50

andlung Hübler

und Umgebung wird

Es wird gebeten,

brauch zu machen

gsinnung

mittags 1 Uhr

erer, Calw unsere

ammlung

ist Pflicht.

Obermeister.

ungskasse

in

ugust Zastrow

staltung

alung mäßiger

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Som- und Feiertage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 13

Freitag, den 17. Januar 1930

Jahrgang 102

Die Mobilisierungsfrage im Haag

Das große Problem der finanziellen Auswertung des Youngplans Frankreich wünscht einen deutschen Ausland-Anleiheverzicht

U. Haag, 17. Januar. Die Mobilisierungsfrage ist am Donnerstag in der Konferenz der sechs einladenden Mächte Gegenstand langwieriger Verhandlungen gewesen, ohne daß jedoch eine Einigung zustande gekommen ist. Finanzminister Moldenhauer hat mit großer Entschiedenheit die französische Forderung einer Sperrfrist bis zum 1. Oktober 1930 für die Aufnahme deutscher Anleihen auf dem internationalen Kapitalmarkt abgelehnt, und zwar mit dem Hinweis, daß derartige Verpflichtungen hinsichtlich der Reichsbahn und der Reichspost unter keinen Umständen angenommen werden könnten. Reichsfinanzminister Moldenhauer hat sodann ausdrücklich hervorgehoben, daß die Mobilisierungsfrage von der Haltung des amerikanischen Kapitalmarktes abhängig sei. Die Aussprache wurde sodann vertagt.

Zu den heute von neuem stattfindenden Beratungen über die Mobilisierung der deutschen Reparationsbonds werden außer dem Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dörpmüller, auch der Reichspostminister Schädel und mehrere andere Sachverständige zugezogen. Man muß sich darüber klar sein, daß mit der Frage der Mobilisierung das für Frankreich praktische Kernstück der Youngabmachungen in Angriff genommen ist, also eine Frage, die wesentlich mit Fragen des internationalen Kurswertes der politischen Abmachungen im Haag zusammenhängen. Die Möglichkeit der Berücksichtigung der französischen Kreditierungswünsche hängt ferner wesentlich von der Frage der Gestaltung des deutschen Haushalts und des eigenen deutschen Kreditbedarfs ab.

Wie das „Berliner Tageblatt“ ergänzend aus dem Haag berichtet, wünscht die deutsche Delegation in dem Gentlemen-Abkommen mit den Franzosen die Bereitstellung von etwa 500 Millionen Mark Krediten für die deutsche Reichsbahn und die Postverwaltung sicherzustellen.

Die D.M. will wissen, daß das Bankkomitee an das Haus Morgan die telegraphische Anfrage gerichtet habe, in welcher Weise die Emission der Reparationsanleihe von ihm vorgeschlagen würde. Sowohl die Privatisierungs-, wie die

Post- und Eisenbahnleihe sollen durch Morgan aufgelegt werden.

Ein französischer Vermittlungsvorschlag.

Auf französischer Seite soll die Absicht bestehen, die Mobilisierungsfrage in der Weise zu regeln, daß Deutschland die Verpflichtung übernimmt, während der Mobilisierung der ersten Tranche der ersten Reparationsbonds auf dem amerikanischen Kapitalmarkt keinerlei Anleihen aufzunehmen. Sollte sich die deutsche Regierung auf Grund des Reichshaushalts gezwungen sehen, eine Auslandsanleihe aufzunehmen, so sollten die großen europäischen Notenbanken der Regierung die notwendigen Beträge zur Verfügung stellen. Auf französischer Seite wird betont, daß eine Einigung auf der Grundlage dieses Vorschlages als bevorstehend anzusehen sei. Die bisherige Hauptstreitfrage, eine Sperrfrist für die Auflage deutscher Auslandsanleihen einzuführen, fiel damit weg.

Die Aussichten der Reparationsanleihe in Amerika.

In Amerika werden die Aussichten für die Unterbringung einer Reparationsanleihe als nicht ungünstig bezeichnet, wobei darauf hingewiesen wird, daß der amerikanische Markt gegenwärtig sehr flüssig und aufnahmefähig sei. Konten doch in letzter Zeit Anleihen im Betrag von rund 400 Millionen Dollar bei zum Teil vierfacher Ueberzeichnung glatt untergebracht werden. Auch die Kursbesserung der hier notierten deutschen Werte ist beachtlich.

Beschleunigtes Beratungsstempo im Haag.

Die Verhandlungen der Konferenz werden zur Zeit mit großer Beschleunigung geführt, weil in allen Delegationen der Wunsch besteht, unter allen Umständen am Samstag zum Abschluß zu gelangen. Die englische und die französische Delegation erklären mit Rücksicht auf die Londoner Flottenkonferenz unter allen Umständen Samstagabend abreisen zu müssen. Unter diesem Druck werden jetzt die letzten Fragen mit außerordentlicher Geschwindigkeit durchberaten und erledigt.

Reichstagszusammentritt am 23. Januar?

U. Berlin, 17. Januar. Der Vizepräsident des Reichstages wird am Samstag, den 18. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, zusammentreten, weil die Einberufung des Reichstages auf Donnerstag, den 23. Januar, geplant ist.

Die Sozialdemokratie gegen Dr. Schacht.

U. Berlin, 17. Jan. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat gestern Abend im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, die sich mit den Haager Verhandlungen und insbesondere mit dem Vorgehen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht befaßte. Er gibt darüber folgenden Bericht aus:

„Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag nachmittag mit der Frage, die durch das Auftreten des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Haag entstanden ist. Es herrschte völlige Einmütigkeit darüber, daß eine Nebenregierung der Reichsbank, wie sie von Dr. Schacht durch mißbräuchliche Ausnutzung der Unabhängigkeit dieses Instituts ausgebaut worden ist, nicht ertragen werden kann. Der Fraktionsvorstand erwartet vom Reichskabinett, daß er sich nach der Rückkehr der deutschen Delegation aus dem Haag mit der Frage beschäftigen wird, wie durch Milde rung des Reichsbankgesetzes die Freiheit der deutschen Gesetzgebung in bezug auf die Personalfragen der Reichsbank ausreichend erweitert werden kann.“

Mit der systematischen Drosselung der Kredite für die Gemeinden und der dadurch ständig wachsenden Beschäftigungslosigkeit wird sich in den nächsten Tagen eine kombinierte Sitzung der Vorstände der Partei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes befassen.“

Wirtschaftsbilanz 1929

Der neue Bericht des amerikanischen Handelsatachees in Berlin.

U. Berlin, 17. Januar. Wie der „Totalanzeiger“ aus Washington meldet, stellt der amerikanische Handelsatachee in Berlin, G. Rowe, in einem Kabelbericht an seine Regierung fest, daß die deutsche Industrie während des ganzen abgelaufenen Jahres sich in absteigender Richtung entwickelt habe, obwohl die Produktion zahlreicher wichtiger Industriezweige ihren hohen Stand gehalten habe. Die Geschäftslage seit Jahreschluss sei gekennzeichnet von vielfältigen Klagen über hohe Besteuerung, teures Geld, zurückgehende Inlandsverkäufe und geringe Aufträge im Export. Ein großer Teil dieser Klagen sei zweifellos wohl begründet.

Subiläumsfeier des Völkerbundsrats

U. Genf, 17. Januar. Aus Anlaß der 10jährigen Wiederkehr des ersten Sitzungstages des Völkerbundsrates — die erste Sitzung fand am 18. Januar 1920 in Paris in dem saale de l'Horloge im Außenministerium statt — hielt Ratspräsident Zaleski zu Beginn der gestrigen Ratsitzung eine kurze Gedenkrede, in der er daran erinnerte, daß von den damals anwesenden Teilnehmern nur noch der Vertreter Spaniens, Duhonnes de Leon, im Rate mitwirke. Damals habe die Idee des Völkerbundes wie die einzige Hoffnung auf eine bessere Zukunft gewirkt. Bis zu einem gewissen Grade seien diese Hoffnungen auch erfüllt worden. Der Völkerbund sei inzwischen ein weites Unternehmen täglicher und universeller Zusammenarbeit geworden. Da der Friede nur schrittweise verwirklicht werden könne, müsse der Friedenswille der Völker systematisch organisiert und schließlich gefördert werden. Duhonnes de Leon gedachte seiner verstorbenen damaligen Kollegen. Er richtete sodann Worte der Anerkennung an den Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond. Hierauf genehmigte der Rat noch drei kleinere Berichte.

Dann beschloß der Rat auf Antrag Briands ein Rechtsgutachten des internationalen Gerichtshofes im Haag über die Auslegung gewisser Fragen, wie die des britisch-bulgarischen Auswanderungsabkommens, einzufordern. Der Generalsekretär, Sir Eric Drummond, teilte mit, daß am kommenden Montag Vertreter der Schweiz und des Völkerbundssekretariates über die endgültige Errichtung einer Radiostation für den Völkerbund beraten werden. — Nach Verlesung eines Telegramms des Reichskanzlers Müller, in dem sich dieser für die ehrende Kundgebung des Rates für Stresemann wärmstens bedankt, wurde die 58. Tagung des Völkerbundsrates geschlossen.

Briand ist Donnerstag Mittag aus Genf nach Paris abgereist. Das Verhörungsfrühstück Briands mit Grandi, das für gestern vorgesehen war, fand nicht statt, ein Anzeichen, daß die Verständigungsversuche in der Flottenfrage gescheitert sind.

Die Liquidationsverhandlungen mit Polen

U. Genf, 17. Jan. Am Donnerstag Abend wurde folgende halbamtliche Mitteilung von der deutschen Abordnung über die deutsch-polnischen Liquidationsverhandlungen herausgegeben: „Anlässlich der Genfer Ratsitzung haben Besprechungen zwischen dem polnischen Außenminister Zaleski und dem deutschen Staatssekretär von Schubert über eine Anzahl schwebender Fragen stattgefunden, wobei eine weitgehende Übereinstimmung der beiden Auffassungen festgestellt wurde.“

Tages-Spiegel

Die Haager Verhandlungen haben gestern bei der Mobilisierungsfrage und der Behandlung der Liquidationsabkommen mit England und Italien eine Stodung erfahren, doch rechnet man im Laufe des heutigen Tages mit einer Lösung.

Im Mittelpunkt der Besprechungen, zu denen Sachverständige angezogen sind, steht die Frage der Unterbringung der Reparationsbonds unter Berücksichtigung der deutschen Bedürfnisse.

In Genf fand zum Abschluß der Ratstagung eine Erinnerungsfest an die erste Sitzung vor 10 Jahren in Paris statt.

Gestern haben von Hamburg aus 180 deutsche Auslandsbanern die Auswanderung nach dem Siedlungsgebiet Hammonia bei Blumenau in Südbrafilien angetreten. In den deutschen Lagern befinden sich z. Z. noch 6000 Deutsch-Russen.

In Berlin kam es erneut zu kommunistischen Kundgebungen und Ausschreitungen. Für Preußen ist nunmehr ein Verbot für Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel erlassen worden.

Im württembergischen Landtag wurde die Aussprache über den Haushaltsplan fortgesetzt.

Kommunistenkrawalle in Berlin

Schleierei im Osten Berlins.

U. Berlin, 17. Januar. Die Berliner Blätter berichten, kam es am Donnerstag Abend in der Boghagener Straße im Osten Berlins zu einer Schlägerei, in deren Verlauf ein Mann schwer und mehrere Personen leicht verwundet wurden. Nach den bisherigen Ermittlungen scheint es sich um einen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gehandelt zu haben, die aus verschiedenen Versammlungen kamen und plötzlich aufeinandertrafen. Als das Ueberfallkommando, von den Bewohnern der Straße alarmiert, erschien, stoben die feindlichen Gruppen auseinander, so daß Verhaftungen zunächst nicht vorgenommen werden konnten. Die Polizei sperrte nach Mitternacht einige Straßen ab, um die Täter zu fassen.

Kommunistische Kundgebung in Neutölln.

In Neutölln versuchten einige Jugendliche ernste Konflikte hervorzurufen. Es begann zunächst damit, daß gegen 10 Uhr abends vor einem Nummelplatz in der Schönluststraße in Neutölln etwa 80-100 junge Burschen und Mädchen zu randalieren versuchten. Die Polizei nahm drei der Hauptstörer fest und brückte die anderen Demonstranten nach der Steinmehlfstraße zu ab. Hier fanden die Burschen Verstärkungen, und aus den umliegenden Lokalen sammelten sich in kaum 10 Minuten etwa 2- bis 300 Personen an, die Miene machten, gegen die wenigen Polizeibeamten tödlich vorzugehen. Da in dieser Gegend am 1. Mai die schweren Kämpfe getobt haben, wurden mehrere Ueberfallkommandos alarmiert, die in wenigen Minuten zur Stelle waren. Als die Beamten von den Wagen herabsprangen, gingen wie auf Verabredung an der Straßenzugung die Lampen aus. Im Dunkel wurden die Beamten aus den Wohnungen mit Blumenpfeifen, Nachtgeschirren usw. bombardiert. Die Polizei hatte jedoch auf den Ueberfallwagen bereits die Scheinwerfer aufklappen lassen, und in demselben Augenblick, in dem die starken Lichtkegel die Häuserfronten abtafelten und das Dunkel erhellten, wurden in den Wohnungen, aus denen die Wurfgeschosse gekommen waren, schleunigst die Fenster geschlossen und die Gardinen vorgezogen. Die jungen Burschen, die inzwischen versucht hatten, Material heranzuschleppen, um die Straße zu sperren, ergriffen die Flucht.

Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel in Preußen verboten.

Der amtliche preussische Pressedienst meldet: Der preussische Minister des Innern, Graesing, hat durch einen Munderlach an alle Polizeibehörden Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel in ganz Preußen verboten. In dem Munderlach des Ministers heißt es: „Die in der Verfassung gewährleistete Versammlungsfreiheit ist in den letzten Tagen und Wochen von radikalen Organisationen zu schweren Störungen der öffentlichen Sicherheit mißbraucht worden. Die Vorgänge haben gezeigt, daß Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel unter den bestehenden Verhältnissen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten. Gegen Versuche, ungeachtet des Verbots Versammlungen unter freiem Himmel oder Umzüge zu veranstalten, ersuche ich mit allen zur Verfügung stehenden polizeilichen Mitteln rücksichtslos einzuschreiten.“

Der Wortlaut der Sanktionsformel

Die Vertreter der belgischen, englischen, französischen, italienischen und japanischen Regierung geben folgende Erklärung ab:

Der neue Plan beruht auf dem Grundgedanken, daß die vollständige und endgültige Lösung der Reparationsfrage im gemeinsamen Interesse aller beteiligten Länder liegt und daß er ein Zusammenarbeiten aller dieser Länder erfordert. Ohne guten Willen und Vertrauen von beiden Seiten würde das Ziel des Planes nicht erreicht werden. In diesem Sinne haben die Gläubigerregierungen in dem Schlußprotokoll die feierliche Verpflichtung der deutschen Regierung, die festgesetzten Annuitäten gemäß den Bestimmungen des neuen Planes zu zahlen, als die Garantie für die Ausführung ihrer Verbindlichkeiten angenommen. Sie sind der Ueberzeugung, daß selbst in dem Fall, wo die Ausführung des neuen Planes Meinungsverschiedenheiten oder Schwierigkeiten hervorgerufen sollte, die in dem Plan selbst vorgesehenen Verfahrensarten ausreichen, sie zu bereinigen. Aus diesem Grund steht das Schlußprotokoll vor, daß unter dem Regime des neuen Planes die Befugnisse der Gläubigermächte sich nach den Bestimmungen dieses Planes begrenzen.

Es bleibt indes ein Fall übrig, der außerhalb des Rahmens der heute unterzeichneten Vereinbarungen steht. Die Gläubigerregierungen sind gezwungen, ihn zu erwägen, ohne daß sie damit die Absichten der deutschen Regierung in Zweifel ziehen wollen. Sie halten es für unerlässlich, die Möglichkeiten zu bedenken, daß in Zukunft eine deutsche Regierung sich in Verletzung irgendeiner der im Schlußprotokoll vom heutigen Tage enthaltenen feierlichen Verpflichtungen zu Handlungen herbeilassen könnte, die ihren Willen beweisen, den neuen Plan zu zerreißen. Die Gläubigerregierungen haben die Pflicht, der deutschen Regierung zu erklären, daß, wenn ein solcher Fall eintritt, der das gemeinsam verfolgte Werk von Grund auf erschüttern würde, eine neue Lage geschaffen wäre, der gegenüber die Gläubigerregierungen schon jetzt alle Rechtsvorbehalte machen müssen.

Aber selbst in diesem Fall sind die Gläubigerregierungen im Interesse des allgemeinen Friedens gewillt, bevor sie irgendeinen Schritt tun, zum Zweck der Feststellung und Würdigung der Tatsachen eine internationale Instanz anzurufen, deren Autorität unbestritten ist. Die Gläubigerregierungen oder die Gläubigerregierungen, die sich nicht beteiligt halten, würden dementsprechend den ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag mit der Frage beauftragen, ob die deutsche Regierung Handlungen vollzogen hat, die ihren Willen beweisen, den neuen Plan zu zerreißen. Deutschland würde schon jetzt erklären, daß es im Falle einer bejahenden Entscheidung des Gerichtshofes es als berechtigt ansieht, daß die Gläubigerregierungen oder die Gläubigerregierungen ihre volle Handlungsfreiheit wieder gewinnen, um die Ausführung der sich aus dem neuen Plan ergebenden Verbindlichkeiten des Schuldnerlandes sicherzustellen.

Die Gläubigermächte sind überzeugt, daß der in Frage stehende Fall niemals eintreten wird. Sie sind sicher, daß die deutsche Regierung diese Ueberzeugung teilt, aber sie glauben, daß es für sie ein Gebot der Loyalität und eine Pflicht gegenüber ihren Ländern ist, die vorstehende Erklärung für den Fall abzugeben, daß jene Möglichkeit sich doch verwirklichen sollte.

Die Vertreter der deutschen Regierung geben ihrerseits folgende Erklärung ab:

Die deutsche Regierung nimmt Akt von der vorstehenden Erklärung der Gläubigerregierungen, wonach selbst im Falle, wo bei der Ausführung des neuen Planes Meinungsverschiedenheiten oder Schwierigkeiten hervortreten sollten, die im Plan vorgesehenen Verfahrensarten ausreichen, ohne sie zu beteiligen. Sie nimmt demzufolge Akt davon, daß unter dem Regime des neuen Planes die Befugnisse der Gläubigermächte sich nach den Bestimmungen des neuen Planes begrenzen.

Was den zweiten Teil der genannten Erklärung und die darin erwähnte Möglichkeit anlangt, so bedauert die deutsche Regierung, daß eine solche Eventualität in Betracht gezogen wird, die die deutsche Regierung für unmöglich hält. Wenn indessen eine Gläubigerregierung oder mehrere Gläubigerregierungen den ständigen Internationalen Gerichtshof mit der Frage beauftragen, ob Handlungen der deutschen Regierung ihren Willen bekunden, Bestimmungen des neuen Planes zu zerreißen, ist die deutsche Regierung mit den Gläubigerregierungen einverstanden, daß der ständige Gerichtshof darüber entscheidet. Sie erklärt, daß sie im Falle einer bejahenden Entscheidung des Gerichtshofes als berechtigt ansieht, daß die Gläubigerregierungen oder Gläubigerregierungen ihre volle Handlungsfreiheit wiedergewinnen und die Ausführung der sich aus dem neuen Plan ergebenden finanziellen Verbindlichkeiten des Schuldnerlandes sicherstellen.

Der deutsche, französische und englische Wortlaut dieser Anlage haben gleiche Beweiskraft.

Zusatz zu Artikel 4 des Schlußprotokolls: Mit Inangriffnahme des neuen Planes werden das Büro für Reparationszahlungen und die damit zusammenhängenden Stellen in Berlin aufgehoben und die Beziehungen der Reparationskommission in Deutschland finden ein Ende. Unter dem Regime des neuen Planes bleiben nur diejenigen Funktionen dieser Stellen bestehen, deren Fortbestand durch den Plan notwendig gemacht wird. Diese Funktionen werden auf die internationale Zahlungsbank durch Vermittlung des engeren Sonderausschusses übertragen. Die Bank wird sie unter den Bedingungen und im Rahmen des neuen Planes gemäß den Bestimmungen ihres Statuts übernehmen. Die Rechte der Gläubigerstaaten gegenüber Deutschland werden unter dem Regime des neuen Planes und durch den Plan bestimmt.

Pressestimmen zur Regelung der Sanktionsfrage.

Eine Reihe Berliner Blätter nimmt zu der neuen Regelung der Sanktionsfrage eingehend Stellung. — Die „D. A. Z.“ schreibt, es sei auf das tiefste zu bedauern, daß solche Abmachungen überhaupt nötig erschienen. Sie widersprechen einer kaufmännisch-wirtschaftlichen Regelung der Tributsfrage. Sie befreien uns von dem Unrecht des Versailler Diktates nicht und stellen Hypothesen für die Zukunft auf, die gefährlich und unnötig seien. Deutschland schließe einen Privatvertrag über Tributzahlung und der Gläubiger drohe mit Kanonen und Maschinengewehren.

Der „Börsencourier“ rechnet scharf mit den Sanktionsabmachungen ab und meint, daß man den Youngplan, wie er jetzt ansehe, mit dem Pariser Plan unmöglich mehr identisch nennen könne. Daß man den schon vor der zweiten Haager Konferenz geschriebenen Brief Schachts, selbst wenn man ihn in Einzelheiten nicht mehr für aktuell halte, nicht einmal zur Verbesserung der letzten Ergebnisse, insbesondere der Sanktionsfrage zu verwerten auch nur den Versuch gemacht habe, werde man nach dem gegenwärtigen Ergebnis schwer verstehen können. Der Kampf um den Youngvertrag werde im Haag nicht abgeschlossen. Er werde in Deutschland fortgesetzt werden; und es sei sehr die Frage, ob dieser überfrachtete Kahn werde landen können.

Deutschlands Reparationszahlungen

Der Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen.

Der Generalagent für Reparationszahlungen, Parker Gilbert, veröffentlicht heute eine Uebersicht für die für den Monat Dezember 1929 und für den Zeitraum vom 1. September bis 31. Dezember 1929 auf Grund des Dawesplanes verfügbaren Gelder und vorgenommenen Transfers. (Die untenstehenden Beträge verstehen sich auf Bargrundlage umgerechnet in Goldmark.)

Danach betragen die verfügbaren Gelder in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1929: 319 358 362,93 Rm. im Dezember 1929: 514 344,62 Rm.

Die vorgenommenen Transfers betragen in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1928: 96 872 506,26 Rm. im Dezember 1929: 8 656 618,91 Rm.

Durch Zahlungen in Rm. für Sachlieferungen wurden 151 014 458,31 Rm. getilgt. An Befugnisse 2 566 143,96 Rm., durch verschiedene andere Zahlungen 9 452,27 Rm.

Somit betragen die Transfers insgesamt in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1929: 245 330 272,88 Rm. im Monat Dezember: 16 709 416,10 Rm.

Der Saldo am 31. Dezember 1929 beläuft sich demnach auf 74 028 089,45 Rm.

An den vorgenommenen Transfers waren beteiligt: (1. 9. 29 bis 31. 12. 29) (Dezember 1929)

Frankreich mit 149 891 864,13 Rm. 14 959 930,36 Rm.

Verkehrspolitische Aufgaben für 1930

Rückschauend auf 1929 und vorschauend auf 1930 muß man leider bekennen, daß die Aussichten für die Weiterentwicklung des deutschen Verkehrswezens nicht besonders günstig sind; denn die allgemeine Notlage des deutschen Wirtschaftslebens hat sich nicht gebessert, sondern eher verschärft, und man darf bezweifeln, ob die mit dem Youngplan erzielten Entlastungen ausreichend sein werden, um der Wirtschaft neue Anreize zu geben. Vorläufig muß man sich jedenfalls auf eine starke Abdrosselung der Bautätigkeit gefaßt machen, da insbesondere dem Reich, den Bundesstaaten und Städten Geldmittel für Neubauten nur in ganz geringem Umfang zur Verfügung stehen; die deutschen Städte haben bereits den Beschluß gefaßt, den Bau von Wohnungen usw. stark einzuschränken. Es muß demgemäß mit einem Nachlassen der Transportmengen gerechnet werden, also auch mit gewissen Einnahme-Rückgängen bei den großen Verkehrsankern. Alle verkehrswirtschaftlichen Maßnahmen müssen daher mit einer gewissen Zurückhaltung behandelt werden; in diesem Sinne sind auch alle Befürchtungen, daß unser Verkehrswezen den gestellten Anforderungen nicht gewachsen sein könnte, gegenstandslos, und die Zeit ist jedenfalls nicht danach angetan, neue „großzügige“ Projekte zu „propagieren“.

Andererseits kann man zunächst für das wichtigste Verkehrsmittel des deutschen Binnenverkehrs, die deutsche Reichsbahn, die Hoffnung aussprechen, daß die Durchführung des Youngplans ihr Erleichterungen bringen und es ihr dadurch ermöglicht wird, die dringendsten rückständigen Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten nachzuholen, dem deutschen Gewerbe Arbeit zu geben und den am stärksten notleidenden Zweigen der Wirtschaft mit Tarifmaßnahmen Vinderung zu verschaffen; hoffentlich setzt sich hierbei in den für die Verkehrspolitik maßgebenden und verantwortlichen Kreisen auch die Erkenntnis mehr und mehr durch, daß man das wichtigste Verkehrsmittel des allgemeinen Verkehrs nicht überlasten darf, während man anderen Vorteile aus der öffentlichen Hand zuwendet. In so bedrängter Lage sind „Subventionen“ überhaupt nur zulässig, wo es sich um die Abwendung unmittelbarer Gefahren (namentlich für notleidende Gewerbe und die Landwirtschaft) und um die Stärkung der weit abgelegenen dünn besiedelten und der Grenzgebiete handelt; ferner bedarf ein Verkehrsmittel noch allgemein der Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, nämlich der Luftverkehr, denn dieses junge, noch in der Entwicklungszeit befindliche Verkehrsmittel kann unmöglich wirtschaftlich schon auf „eigenen“ Füßen stehen. Hierbei ist zu beachten, daß Deutschland die großen Chancen seiner für den Luftverkehr besonders günstigen verkehrsgeographischen Lage ausnützen muß, dankbare Anerkennung verdient, daß gerade im Luftverkehr wissenschaftlich und praktisch mit hohem Erfolg gearbeitet wird, und man darf hoffen, daß den großen Leistungen des Jahres 1929 sich solche des Jahres 1930 anschließen werden.

Ueberhaupt kennzeichnet sich die gegenwärtige Entwicklung des deutschen Verkehrswezens stark dadurch, daß in allen seinen Zweigen eine besonders rege wissenschaftliche Arbeit geleistet wird. Das ist erklärlich, denn einerseits hat der Krieg die Verkehrsfachleute vor viele neue schwierige Probleme gestellt, andererseits zwingt die wirtschaftliche Not den Fachmann zu intensiver Tätigkeit, weil die Leistungen verbessert und die Selbstkosten gesenkt werden müssen, damit sich die Unternehmungen behaupten können, wobei vielfach

	(1. 9. 29 bis 31. 12. 29)	(Dezember 1929)
England mit	37 089 298,52 Rm.	
Italien mit	29 198 919,46 Rm.	
Belgien mit	13 424 076,37 Rm.	139 677,64 Rm.

Zum ersten Male veröffentlicht dann der Generalagent eine Uebersicht über die Einnahmen und die Gesamtverfügungen darüber im Monat Dezember 1929 und für den Zeitraum vom 1. September bis 31. Dezember 1929, die sich auf Grund des Haager Protokolls vom 31. August 1929 ergaben. Die Einnahmen auf Grund des Protokolls betragen in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1929 insgesamt 650 867 911,69 Rm., im Monat Dezember 1929: 183 809 582,01 Rm. Verteilt wurden davon an die Gläubigermächte gemäß dem Abkommen betreffend die Uebergangsperiode, Anhang 3, Artikel 1 des Haager Protokolls in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1929 424 457 142,86 Rm., im Monat Dezember 1929: 106 114 285,72 Rm. Insgesamt wurde von diesen Einnahmen verfügt über 493 827 897,61 Rm. in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1929 und über 113 485 000,81 Rm. im Dezember 1929. Das ergibt einen Saldo zum 31. Dezember 1929 von 157 040 014,08 Rm.

Die dritte Uebersicht bezieht sich auf die für die Uebergangszeit auf Grund des Haager Protokolls für den Monat Dezember und für den Zeitraum vom 1. September bis 31. Dezember 1929 verfügbaren Gelder und vorgenommenen Transfers. Der Gesamtbetrag der auf dieser Grundlage verfügbaren Gelder betrug in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1929: 493 827 897,61 Rm., im Dezember 1929: 113 485 000,81 Rm. Davon wurden insgesamt Transfers vorgenommen in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1929: 323 402 691,68 Rm., und im Dezember 1929: 108 688 315,22 Rm. Sonach beträgt der Saldo per 31. Dezember 1929: 170 425 205,93 Rm.

Wieder ein Befugniszwischenfall. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde in der Nacht zum 4. Januar der beim französischen Proviantamt in Mainz beschäftigte 28 Jahre alte Arbeiter Philipp Hofmann, als er sich nachts auf dem Heimweg nach Gonsenheim befand, in der Nähe der Waggonfabrik von vier französischen Soldaten überfallen. Die Soldaten gingen mitten auf der Straße und ließen den Deutschen nicht vorbeigehen. Einer schlug ihm mit der Faust ins Gesicht und bedrängte ihn. Das gleiche tat ein zweiter Soldat. Hofmann bemerkte, daß er sich beim französischen Offizier des Proviantamts beschweren werde. Daraufhin fielen die vier Franzosen über ihn her, warfen ihn zu Boden, schlugen weiter auf ihn ein und traten ihm mit den Füßen gegen den Leib und auf den Kopf.

auch der Wettbewerb des unter viel günstigeren Bedingungen arbeitenden Auslandes zu beachten ist. Unverkennbar sind die Fortschritte z. B. im Bau der Kraftwagen (namentlich von Omnibussen, Lastwagen und Spezialfahrzeugen) und der Seeschiffe (vgl. unsere neuen Riesendampfer); die Reichsbahn hätte die Wirkung der ihr aufgebürdeten Lasten ohne Durchführung großer technischer Verbesserungen nicht mildern können. Von solchen Fortschritten seien z. B. genannt: Die Vergrößerung der Lokomotiven und der Kupplung der Züge, die Neuorganisation des Werkstättenwesens, die Einführung der durchgehenden Güterzugbremse, die Verbesserung der Rangierbahnhöfe, die Verstärkung der Brücken und der Gleise. Der Reichsbahn ist es gelungen, ihre Finanzen aus eigener Kraft wieder in Ordnung zu bringen und den Betriebskoeffizienten (das Verhältnis der Betriebsausgaben zu den Einnahmen) zu senken, worin zum Ausdruck kommt, daß die Wirtschaftlichkeit verbessert wurde. Jedenfalls darf das deutsche Volk insofern für die weitere Entwicklung seines Verkehrswezens zuversichtlich in die Zukunft blicken, als es den im Verkehr tätigen Männern vollstes Vertrauen schenken kann. Wie sehr dies berechtigt ist, ergibt sich daraus, daß auch das Ausland den deutschen Verkehrsfachleuten eine besonders hohe Achtung entgegenbringt, und zwar selbst die bisherigen Feindstaaten sicher noch weit mehr als vor dem Kriege. Dies hat deshalb solche Bedeutung, weil sich hierdurch einerseits für die deutsche Industrie, die für den Verkehr arbeitet, Absatzmöglichkeiten im Ausland erschließen, und andererseits deshalb, weil hierdurch die Stellung Deutschlands im internationalen Verkehr gestärkt wird; zu denken ist hierbei an den Uebersee- und Luftverkehr und an die Stellung der Deutschen Reichsbahn im internationalen Eisenbahnverkehr. Diese wurde in mühseliger Arbeit (wegen zum Teil feindseliger Bestrebungen) so weit ausgebaut, daß im Frühjahr 1930 Deutschland seine Vorkriegsstellung zurückerobern dürfte. Hierfür erwies es sich natürlich als notwendig, für den innerdeutschen Verkehr zunächst den Schnellzugfahrplan neu aufzubauen und den diesem dienenden Wagenpark zu verbessern. Daß der Lokalfahrplan zurückgehen mußte, war bedauerlich, aber unvermeidlich. Seine Verbesserung (einschließlich der seines Wagenparks) kommt jedoch jetzt an die Reihe.

Was uns in Deutschland besonders nottut, ist eine planmäßige Verkehrspolitik, die ganz Deutschland und alle Verkehrsmittel umfaßt und diese zu einem einheitlichen Zusammenarbeiten bringt. Hierher gehört auch die Stärkung der Stellung des Reichsverkehrsministeriums. Dessen Einfluß ist infolge der starken Zersplitterung des deutschen Verkehrswezens leider bisher noch zu beschränkt, da die Befugnisse zwischen Reich und Bundesstaaten nicht klar genug geschieden sind. Tatsächlich nimmt der Reichsverkehrsminister auf den Gebieten der Binnenschifffahrt, des Kraftfahrwesens, der Kleinbahnen zur Zeit noch nicht die Stellung ein, die ihm doch zukommt. Dies ist der wichtigste Punkt des deutschen Verkehrsproblems: Man stärke die Stellung des Reichsverkehrsministers so, daß er die Verkehrspolitik Deutschlands einheitlich und kraftvoll leiten kann; man erziele ein wirklich inniges Zusammenarbeiten zwischen Reich und Bundesstaaten in den großen Fragen der Verkehrspolitik, wobei man aber nicht auf die Gesamt-Verwaltungsreform warten darf.

Man kann immer mehr Fahrzeuge auf der Straße ohne Ein sehr gro Unachtsamkeit die armen Menschen auf der Straße Autofahrer auf der Straße auf der Straße Augenblick haltende Menschen zu lassen Motorradfahrer nicht vernünftig die Fahrzeug die Kinder w Platz.

Freudenstadt

Der Gem

trag zu, um

Freudenstadt

Arbeitslose a

Herrensberg u

Wechselsteige

Die Verm

Förderung d

von Verhand

schen Württer

Beschreibungen

Dienste, noch

der Vöschgerä

werden.

Der zweite die

ta I statt, wie

geschätzten „P

Etwa 70 Blä

bergs, Baden

Schulung zufe

mit der Verste

tsche Posau

1842 in Deut

fache Bauern

kamals den V

evangelischen

wommen, und

Deutschland a

zufälligen

auch immer m

den. Es herr

Beste zu lei

solcher Durch

denen ein Bi

es ist üblich,

meinden der

daß am komm

an und Ca

Strassen, gesp

Hottebsbisten

und Unter

Horzheim-Br

W

Ueber dem

weilige Besser

amit zu red

heraunrukt u

immer noch u

Aus Stadt und Land

Calw, den 17. Januar 1930.

Kinder weg von den Verkehrsstraßen!

Man kann nicht oft genug in Familie und Schule darauf hinweisen, daß die Straße kein Spielplatz ist. Bei dem immer mehr sich entwickelnden Verkehr, der durch die Kraftfahrzeuge zum Schnellverkehr geworden ist, vergeht keine Woche, ohne daß nicht Kinder auf den Straßen verunglückten. Ein sehr großer Teil all dieser Unfälle ist zurückzuführen auf Unachtsamkeit, Gleichgültigkeit, Uebermut. Meistens sind die armen Kleinen selbst schuld an ihrem Unglück. Mitten auf der Verkehrsstraße wird gespielt, an vorbeifahrende Autobusse hängen sich die Buben fest an, Schlitten wird gefahren auf abfallenden Wegen und Hängen, die in die Verkehrsstraße einmünden, an fahrenden Autos wird im letzten Augenblick vorbeigesprungen, um den Chauffeur zu ärgern, haltende Autos werden umlungert, um schnell die Hupen ertönen zu lassen, ganz Freche werfen gar mit Steinen nach den Motorradfahrern. Bei diesem Benehmen der Kinder ist es nicht verwunderlich, wenn bald da, bald dort ein Kind durch die Fahrzeuge verletzt wird, ja gar zu Tode kommt. Darum: die Kinder weg von der Straße! Die Straße ist kein Spielplatz.

Freudenstadt wünscht Verlegung des Arbeitsamts Nagold.

Der Gemeinderat von Freudenstadt stimmte einem Antrag zu, um Verlegung des Arbeitsamts von Nagold nach Freudenstadt nachzuziehen, da der Bezirk Freudenstadt mehr Arbeitslose aufweist als die vier Oberämter Nagold, Calw, Herrenberg und Horb zusammen.

Wechselseitige Brandhilfe zwischen Württemberg und Baden.

Die Verwaltungskommission der württ. Zentralkasse zur Förderung des Feuerlöschwesens beabsichtigt die Einleitung von Verhandlungen wegen wechselseitiger Brandhilfe zwischen Württemberg und Baden. Augenblicklich finden bereits Besprechungen statt. Es soll weder für die persönlichen Dienste, noch für die Kosten der Hin- und Rückbeförderung der Löschgeräte eine Entschädigung verlangt oder gewährt werden.

Ein Posaunen-Vertrag.

Der zweite dieser Art, findet in dieser Woche im Monachsaal statt, wiederum unter der Leitung des bekannten und geschätzten „Posaunen-Generals“ Pastor D. Kuhlmann. Etwa 70 Bläser aus den evang. Jungendbänden Württemberg, Badens und der Pfalz haben sich zu gründlicher Schulung zusammengefunden. Nachdem im Jahre 70 n. Chr. mit der Zerstrückung Jerusalems die einst blühende altisraelitische Posaunenmusik mit zugrunde ging, sind seit dem Jahr 1842 in Deutschland wieder Posaunenschöre entstanden. Einfache Bauernschöre im Minden-Ravensburger Land machten damals den Anfang. Seitdem haben diese Schöre in unserm evangelischen Gemeindeleben zunehmende Bedeutung gewonnen, und man schätzt die Gesamtzahl der Bläser in Deutschland auf etwa 25000 — ein Armeekorps. Unter der musikalischen Führung Pastor D. Kuhlmann sind die Schöre auch immer mehr zu einer guten Klangleistung erzogen worden. Es herrscht in ihren Reihen der entschiedene Wille, das Beste zu leisten zu Gottes Ehre und des Volkes Dienst. Zu solcher Durchschulung finden Posaunen-Verträge statt, in denen ein Vorkurs die innerliche Grundlage schaffen soll. Es ist üblich, daß am Abschluß der Uebungsschore in den Gemeinden der Nachbarschaft dient, und darum ist vorgesehen, daß am kommenden Samstag nachmittag öffentlich in Hirsau und Calw, bei gutem Wetter im Freien, sonst in den Straßen, gespielt wird, sowie am Sonntag vormittag in den Gottesdiensten zu Bad Liebenzell, Bieselsberg und Unterreichenbach, am Sonntag nachmittag in Pforzheim-Brüdingen. Näheres s. Inserat.

Wetter für Samstag und Sonntag.

Ueber dem Kontinent liegt jetzt Hochdruck, der eine zeitweilige Besserung des Wetters verursachen dürfte, doch ist damit zu rechnen, daß von Westen eine neue Depression heranrückt und infolgedessen für Samstag und Sonntag immer noch unbeständiges Wetter in Aussicht zu nehmen ist.

Die Letzte aus dem Hause Wulfenberg

Roman von Anny von Panhuy

Fortsetzung

Nachdruck verboten

„Wollen uns da links auf die Bank setzen, ich kam nicht gut los, die Neue beschützt mich nämlich auf Schritt und Tritt und da mußte ich ihr, um allein wegzukommen, das Geheimnis unserer Kinderfreundschaft und unserer Zusammenkünfte lüften. Sie hat dann gemeint, wenn ich mit dir dort auf der Bank plaudern würde, wolle sie mich nicht begleiten. Aber ich darf nicht länger als zwanzig Minuten mit dir zusammen sein. Ich habe das versprochen.“ Sie zögerte. „Sonst wäre ich sie nicht losgeworden.“

Hans Westfal machte ein sehr törichtes Gesicht und er empfand das auch. Es tat ihm weh, daß nun eine ganz fremde Person von der reizvollen Heimlichkeit wußte, die er so sehr liebte.

Wie eine Profanierung erschien es ihm. Er mußte schon von seiner Mutter, daß Fräulein von Stein einer älteren, stoffsteifen Dame hat Platz machen müssen.

Er sagte ein bißchen erregt: „Schade, Gretel, daß deine Quenna meine Ferienfreude so beschneidet.“

Sie saßen dann auf der Bank nahe der Mauer, sahen feillich den Pavillon und Hans Westfal war es, als sei der alte Pavillon mit den paar brüchigen Postermöbeln und dem Bild des Narven, der seines Blutes war, ein verlorenes Paradies.

Er erzählte von seinen Plänen, aber hatte dabei das Gefühl, es klang alles, was er doch so tief und warm empfand, nüchtern und steif.

Dann schaute Margarete flüchtig auf ihre silberne Armbanduhr, da fraute er mit leichter Schärfe im Ton: „Die mir gütigst bewilligten zwanzig Minuten sind wohl um und ist damit die Audienz wohl zu Ende?“

Er erhob sich hastig.

Margarete sah ihn traurig an.

Höfen a. Enz, 16. Jan. Gestern nachmittag kurz vor vier Uhr landete ein Leichtflugzeug Daimler-Klemm auf den Enzweiesen zwischen Höfen und Calmbach. Der Führer, ein Flugzeugführer aus Böblingen, hatte auf seiner Strecke Mannheim-Böblingen die Orientierung verloren. Als er Bescheid wußte, stieg er elegant wieder auf und flog über Calw dem Heimatort zu.

Wp. Wildbad, 16. Januar. In der letzten Sitzung des Gemeinderats gab der Stadtvorstand den Jahresbericht für 1929. Er wies auf den befriedigenden Fremdenbesuch mit einer Gesamtfremdenziffer von 23 174 (gegen 23 084 im Jahre 1928), eine Gesamtbäderzahl von 177 960 und eine Gesamteinnahme an Kurtaxe von 207 316 Mark hin. Die Zahl der Erwerbslosen war erträglich bis in den Spätherbst hinein, während sie jetzt schon 220 überschritten hat. Die Holzzerlöse aus den Stadtwaldungen sind um 40—50 Prozent, also in einer Weise gesunken, wie man es noch nie erlebt hat. Das gibt für die Stadtkasse einen großen Ausfall. Leider haben die vielseitigen Bemühungen um Niederlassung neuer Industriezweige in Wildbad bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt. Der mit der Badeverwaltung gemeinsame Aufwand für Werbewerke überstieg 60 000 Mark.

Pforzheim, 16. Januar. Der Haushalt der Stadt Pforzheim für das Rechnungsjahr 1930 schließt in Ausgaben mit rund 16 Millionen, in Einnahmen (ohne Gemeindesteuern) mit rund 14,1 Millionen Rm. ab, somit mit einem Fehlbetrag von rund 1,9 Millionen (genau 1 898 400 Rm.). Zum Ausgleich dieses Fehlbetrages werden bis zum Abschluß der Steueranmeldung für 1930 als Vorauszahlungen auf die Gemeindesteuern 112 Hundertteile erhoben, und zwar von je 100 Rm. Steuerwert des Grundvermögens 56 Pfg., von je 100 Rm. Steuerwert des Betriebsvermögens 22 Pfg. und von je 100 Rm. Gewerbebeitrag 336 Rm.

Stuttgart, 16. Januar. Nach Mitteilungen der „Schwäbischen Tagwacht“ ist in der Frage der Regierungs-umbildung der neueste Stand der Dinge der, daß die Deutsche Volkspartei den Wirtschaftsminister (vermutlich Staatsrat Rau) stellen und die Demokraten sich mit einem Staatsrat begnügen sollen. Heute findet eine demokratische Vertretung statt, in der über die Frage der Regierungsabteilung entschieden werden soll.

Stuttgart, 16. Jan. Die Oberpostdirektion Stuttgart teilt mit: „Die in einigen Zeitungen verbreitete Nachricht über einen großen Personenbedarf bei der Deutschen Reichspost ist nicht von dieser ausgangen und beruht vermutlich auf einer irigen Folgerung aus den Angaben im Geschäftsbericht der Deutschen Reichspost für das Rechnungsjahr 1928. Da der verhältnismäßig geringe Bedarf an Beamtenanwärtern aus dem vorhandenen nichtbeamteten Personal gedeckt werden kann, kommt eine Neueinstellung von Kräften zur Zeit nicht in Frage.“

Freudenstadt, 16. Januar. Da die Stadt selbst keine Wohnungen mehr baut, hat sie verschiedenen Mietern, die in der Lage sind, teure Mieten zu bezahlen, städtische Wohnungen gekündigt, womit der Gemeinderat einverstanden war. Während etwa ein Dutzend öffentlicher Brunnen bestehen bleiben sollen, wird eine große Reihe anderer in den Nebenstraßen geschlossen, um das nutzlose Abfließen von Wassermengen zu verhindern. Die vom Gemeinderat beschlossene Ermäßigung der Gebäudeversicherungsteuer ist vom Finanzministerium nicht genehmigt worden.

St. B. Bodnegg, D.-M. Ravensburg, 16. Januar. In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch gegen 11 Uhr geriet das Wohnhaus des Brunnenmachers Georg Spahn in Zobel, Gemeinde Bodnegg, in Brand. Da die Familie bereits im Schlafe lag, wurde das Feuer erst bemerkt, als der an das Wohnhaus angebaute Holzschuppen schon lichterloh brannte und auch den Dachstuhl schon ergriffen hatte. Das Gebäude brannte bis auf die Grundmauern nieder. Es wird Brandstiftung vermutet.

St. B. Trochtelstingen, D.-M. Neresheim, 16. Januar. Gestern morgen wollte eine Frau ihr einjähriges Kind baden, stellte das heiße Wasser in das Wohnzimmer, in dem sich das kleine mit zwei etwas älteren Kindern aufhielt und holte kaltes Wasser. Bis sie auf Silbersee wieder in die Stube geeilt kam, war das Kind schon kopfüber ins heiße Wasser ge-

stürzt und hatte sich am ganzen Körper verbrüht. Der herbeigerufene Arzt konnte nicht mehr helfen. Das Kind starb an den schmerzvollen Brandwunden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	168,74
100 franz. Franken	16,47
100 schweiz. Franken	81,23

Börsenbericht.

Stuttgart, 16. Jan. In der Börse gaben heute infolge von Gewinnrealisationen die Kurse nach.

U. G. Berliner Produktenbörse vom 16. Jan.

Weizen märk. 245—248; Roggen märk. 156—157; Braugerste 180—195; Futtergerste 162—170; Hafer märk. 135—143; Mais waggounfrei ab Hamburg 155; Mais Termin 172; Weizenmehl 20,75—35,25; Roggenmehl 21,75—25,25; Weizenkleie 10,25—10,75; Roggenkleie 8,75—9,25; Viktoriaerbsen 25—34; kl. Speiserbsen 23—26; Futtererbsen 21—22; Peluschken 20 bis 21; Ackerbohnen 18,50—20; Widen 22—25; Lupinen, blaue 14—15; dto. gelbe 17—18; Seradella, neue 26—31; Napskuchen 17,40—17,90; Leintuchen 22,40—22,80; Erbsenschmelz 8—8,20; Sojabohnen 15,10—15,30; Kartoffelsoden 14—14,50; Speisekartoffeln, weiße 1,90—2,20; dto. rote 2,10—2,50; gelbf. 2,70—3,10. Allgemeine Tendenz: ruhig.

Stuttgarter Schlachtwiehmärkte.

Dem Donnerstagmarkt am Städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 7 Ochsen (unverkauft 5), 1 Bulle, 49 (5) Jungbullen, 100 (60) Jungrinder, 4 Kühe, 260 Kälber, 302 Schweine, 1 Schaf.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

	16. 1.	14. 1.		16. 1.	14. 1.
	Pfg.	Pfg.		Pfg.	Pfg.
Ochsen:			Rühe:		
ausgemästet	—	52—54	fleischig	23—28	23—28
vollfleischig	—	45—49	gering genährte	17—22	17—22
fleischig	—	—			
Bullen:			Kälber:		
ausgemästet	48—50	49—51	feinste Mast- und	74—80	79—82
vollfleischig	44—47	46—48	beste Saugkälber		
fleischig	41—43	43—45	mittl. Mast- und	64—72	68—75
			gute Saugkälber		
Jungrinder:			geringe Kälber	55—62	55—64
ausgemästet	51—54	52—55	Schweine:		
vollfleischig	45—49	45—50	über 300 Pfd.	85—86	85—86
fleischig	41—44	42—44	240—300 Pfd.	84—86	84—86
gering genährte	—	—	200—240 Pfd.	84—85	83—85
			160—200 Pfd.	80—82	81—82
Kühe:			120—160 Pfd.	—	78—80
ausgemästet	—	38—42	unter 120 Pfd.	—	—
vollfleischig	—	30—36	Sauen	64—72	65—75

Marktverkauf: Großvieh und Kälber schleppend, Großvieh Ueberhand, Schweine ruhig.

Kirchliche Nachrichten

Evangelischer Gottesdienst.

2. Sonntag nach dem Erscheinungsfest, 19. Januar. Turmlied 11: Nun freut euch, liebe Christen, g'mein. 9,30 Uhr: Hauptgottesdienst (Dekan Noos). Anfangslied 107: Ich weiß warum... 10,45 Uhr: Sonntagsschule im Vereinshaus. 11 Uhr: Christenlehre, Söhne 2. Bezirk (Stadtpfarrer Hermann). 5 Uhr: Abendgottesdienst im Vereinshaus (Stadtpfarrer Hermann).

Dienstag, 21. Januar, im Bachsaal.

8 Uhr: Gemeindefestlerin Fräulein Vöhrer, Stuttgart: „Treppauf, treppab in der Großstadt“. Mittwoch, 22. Januar. 8 Uhr: Missionsfilm „Afrika“ in der Kirche. Donnerstag, 23. Januar. 8 Uhr: Bibelstunde im Vereinshaus (Dekan Noos): Das Evangelium in der Großstadt (Antiochier).

Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, 19. Januar. 8 Uhr: Frühmesse. — 10 Uhr: Predigt, Amt und Christenlehre. — 1/2 2 Uhr: Andacht. Montag 8 Uhr: Gottesdienst in Bad Liebenzell.

„Weshalb sprichst du so bitter und spöttisch? Ich kann doch auch nichts dafür, daß Fräulein von Keller meint —“ Er unterbrach sie.

„Es ist sehr traurig für dich, Gretel, daß die junge, lebenswürdige und vernünftig denkende Stein, die wie eine Freundin zu dir war, hat gehen müssen, um einer Art Hofdamen Platz zu machen. Arme Prinzessinnen brauchen vernünftige, der neuen Zeit zugewandene machende Menschen um sich, keine veralteten Hofdamen.“

Margarete rote Lippen zuckte.

„Denkst du, ich fühle mich jetzt besonders wohl? Ich wünschte auch, Elise Stein wäre noch bei mir, aber immerhin — sie schloß eine nachdenkliche Pause ein, „ganz unredlich können Großmama und die Keller doch auch nicht haben: Ich bin doch nun einmal eine Prinzessin!“

Es war ohne jede Unterbrechung gesprochen. Aber vielleicht rebellierte in Hans Westfal noch ein Tropfen jenes Blutes, das einst durch seines Ahnen, des Hofnarren Kaspar Westfals Adern rann, denn ihm schien der letzte Satz Margaretes wie das Hinwerfen eines Trümpfkartenblattes, oder wie ein hochfahrender Hinweis auf den sozialen Unterschied zwischen der Prinzessin Wulfenberg und dem Sohn des Dorf Schmiedes.

Er verneigte sich.

„Lebe wohl, Gretel, und auf Wiedersehen, wenn uns der Zufall wieder zusammenführen sollte. Hierher komme ich nicht mehr zu heimlicher Audienz.“

„Aber, Hans, du redest ja Unsinn!“

Margarete war ganz jämmerlich zumute bei dem Gedanken, sie könne Hans Westfal vielleicht nicht mehr wiedersehen.

In diesem Augenblick knachte es in der Nähe und gleich darauf stand die dürre Gestalt Fräulein von Kellers vor den Beiden.

Die ältliche Dame trug ein graues, stark hinter der Mode zurückgeliebene Seidenkleid, das nur die Fußspitzen sehen ließ, ein Nüchternschiffchen deckte Hals und Brust und die grauen Schweißlagen wie festgeleimt über der etwas edigen Stirn.

Fräulein von Keller nahm nicht die geringste Notiz von Hans Westfal, tat, als wäre er gar nicht vorhanden.

„Prinzessin, Sie wünschten zwanzig Minuten im Park zu verbringen, ich erlaube mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß bereits eine halbe Stunde verlossen ist. Wir können wohl gemeinsam ins Schloß zurückkehren?“

Margarete sagte laut: „Es kommt wohl auf ein paar Minuten nicht an. Und nun möchte ich Ihnen meinen Freund Hans Westfal vorstellen.“

Leht geruhte die dürre Dame dem jungen Mann einen Blick zu schenken.

Sie schloß halb die Lider, wie sie das von der Fürstin kannte, suchte ihrem verkümmerten Gesicht die Maske der Herablassung vorzubinden.

„Ah, Sie sind der frühere Lebensretter, der einmal das achtjährige Prinzesschen vor einem wild gewordenen Pferd rettete und zuletzt, was wohl noch interessanter ist, ein Nachfahre des Wulfenbergschen buchtigen Hofnarren.“

Sie wies auf den Pavillon.

Das Blut schoß Hans Westfal bis zu den Schläfen.

Das also hatte Margarete der gräßlichen, stoffsteifen Quenna erzählt, daß diese es ihm nun hinwarf wie eine Demütigung?

Er richtete sich stolz auf.

„Tawohl, meine Dame, ich bin ein Nachfahre Kaspar Westfals, aber es ist viel Zeit seit her vergangen. So viel, daß man es gar nicht mehr begreifen kann, daß sich Menschen anmaßen dürfen, Mitmenschen zu ihren Narren zu stampeln, Mitmenschen, die wahrheitsförmig klüger waren als sie, nur rechtloser, weil sie arm waren.“

Fräulein von Keller lächelte mokant.

„Ich habe leider keine Zeit, Herr Westfal, außerdem interessiert mich nicht für Kommunismus!“

Hans Westfal war verblüfft. Die Auffassung Fräulein von Kellers belustigte ihn, er mußte laut lachen.

Da fiel sein Blick auf Margarete.

(Fortsetzung folgt.)

Umtliche Bekanntmachungen.

Weilberstadt

Die Abhaltung des **Biehmarktes** am nächsten Montag, den **20. Januar ds. Js.**, wurde vom Oberamt Leonberg unter folgenden Bedingungen gestattet:

- Personen und Tiere aus dem Sperbezirk: Aiblingen und Teilsaenteinde Lehenweiler D. Böblingen und aus dem Beobachtungsgebiet: Deufringen, Ehningen, Dagersheim, Darnsheim, Dasingen D. Böblingen, und Gärtingen D. Herrenberg, sind zum Markt nicht zugelassen.
- Jeder Marktbesucher hat einen Personalausweis mit sich zu führen.
- Für jedes Tier ist ein Ursprungszeugnis neuesten Datums vorzuweisen.

Stadtschultheißenamt: Schilf.

Verein für Homöopathie u. Naturheilkunde in Calw

Am Sonntag, den 19. Jan. 1930 nachm. 3 Uhr findet bei Bäckermeister Kirchherr Vorstadt unsere diesjährige

Generalversammlung

statt. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Der Ausschuß.

Hirsau, den 18. Januar 1930.

Todes-Anzeige

Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Tochter und Schwester

Frieda Luz

nach langer Krankheit im Alter von 28 Jahren sanft im Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:

die Eltern: Michael Luz und Frau Marie geb. Giacomino
der Bruder: Emil Luz.

Beerdigung Sonntag nachmittag 2 Uhr.

Wo kaufen Sie am besten?

Beim **Sachmann**

20 Musterzimmer am Lager 20 Herren-, Speise- und Schlafzimmer

Friedrich Mitschke,
Möbelfabrikation Gehingen, Telefon 5.
Auf Wunsch werden Interessenten durch Auto abgeholt.

Rasiermesser

werden haarscharf abgezogen bei **Friseur Obermatt.**

Vogelfutter

zum Ausstreuen billigst bei **Otto Jung**

Einen **Steifereis Hausbackofen** sowie einen **Schlüteraufzug** verkauft entbehrliechtheits halber **Frau Kentscher** zum Hirsch, Wienbach.

Alzenberg
Einen noch guterhaltenen **Ruhwagen** verkauft Samstag mittag **Soj. Calmbach**

Brautkränze
Brautschleier
Hochzeitsblumen
Luisen-Schneidberg
Marktstraße 7.

Wir suchen eine f. den dortigen Bezirk geeignete in 1. g. an selb. handiges Arbeiten gewöhnte Persönlichkeit, insbesondere Kaufleute, abgebaute Beamte die guten Leumund besitzen und bei der Geschäftswelt nicht unbekannt sind.

Wir bieten außergewöhnlich von Jahr zu Jahr sich steigendes Einkommen in Haupt- oder Nebenberuf. Zur Übernahme sind je nach Größe des Bezirks Mk. 300.- bis 1000.- erforderlich. Zuschrift unter P. S. 12 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Hypothekengelder

zur I. und II. Stelle sofort auszahbar durch **Alber & Co. G. m. b. H.** Stuttgart Friedrichstraße 60 / Telefon 22148/49 NB. Schätzungsurkunden sind vorzulegen

2 kleinere Läufer-Schweine

verkauft **Gg. Kentscher, Schreiner** Savellstein.

W. Forstamt Hirsau. Fichtenstangen-Verkauf

Am Dienstag, den 28. Januar 1930 vorm. 11 1/2 Uhr in Hirsau im „Waldhorn“ aus Staatswald! Ottenbronnerberg, Abt. 6 Stammheimerweg; II Altbürgerberg, Abt. 9 Spindlershof; III Eichenhardt, Abt. 22 Hoffeld, 43 Ebersbühl. Gerüstl.: 8, Baut.: 1* 3, 1 64, II 49, III 17, IV 104, V 115; Hopfenst.: 1 336, II 311, III 183, IV 59, Losverzeichnisse von der Forstdirektion, G. f. D., Stuttgart.

W. Forstamt Hofstett. Post Calw-Land Stammholzverkauf

(Holz neuer Fällung). Am Mittwoch, den 29. Januar 1930 vorm. 9.30 Uhr wird in der Forstamtskanzlei in Hofstett aus Staatswald I Frohnwald und II Bergwald Forststammh. mit fm.: 5 I, 128 II, 152 III, 29 IV, 4 V. Kl., So. Abschnitte mit fm.: 9 II, 5 III, 2 IV. Kl.; So. Stammh. mit fm.: 101 I, 234 II, 311 III, 164 IV, 87 V, 6 VI. Kl.; So. Abschnitte mit fm.: 15 I, 13 II, 12 III, 8 IV, 1 V. Kl. im befristet freihändigen Aufstreich verkauft. Losverzeichnisse und Angebotsordrücke durch d. Forstdirektion, G. f. D., Stuttgart.

W. Forstamt Liebenzell. Oberförsterrvier. Beigeholz-Verkauf

Am Donnerstag, den 28. Januar 1930 nachm. 2 Uhr in Bad Liebenzell im Hirsch aus Staatswald im Eichen: 4 Prgl., 11 Aussch.; Buchen: 107 Schtr., 73 Klobh., 23 Prgl., 108 Aussch.; Nadelh.: 3 Schtr., 12 Prgl.; Aussch.: 27 Schtr., 86 Prgl. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion, G. f. D., Stuttgart.

LUGER

Wir empfehlen:

Eier
10 Stück **1.35** M

Milch
Limburger
Pfd. **56** Pfg.

la. Salami
1/2 Pfd. **55** Pfg.
feine, zarte **Bierwürst**
1/2 Pfd. **50** Pfg.
schön durchwachsenes **Rauchfleisch**
ohne Wein
1/2 Pfd. **50** Pfg.

Delikates- Sauerkraut
Weirgärung
Pfd. **14** Pfg.

Garantiert reines Cocosfett
1 Pfd. Tafel **56** Pfg.

Konservern Früchte:
Ananas, Pfirsiche, Kirschen, Aprikosen, Erdbeeren usw.
Pflaumen
2 Pfd.-Dose **85** Pfg.

Gemüse:
Erbsen
2 Pfd.-Dose **78** Pfg.
Mischgemüse
2 Pfd.-Dose **90** Pfg.
Leipziger Mäselei
Junge Erbsen
Carotten
Schnittbohnen
Spinat, Spargeln u. w.
Brechbohnen
2 Pfd.-Dose **80** Pfg.

5% Rabatt

Für sehr starke Damen

empfehlen wir während des **Inventur-Ausverkaufs** unsere reichhaltige Auswahl

Mäntel und Kleider

mit **20-60% Rabatt**

Krüger & Wolff

Das große Damenkonfektions-Geschäft **Pforzheim**

Posaunen-Musik

(2. Posaunen-Lehrgang im Monbadial) unter Leitung von **Pastor D. Ruhlo** - Bethel am 18. und 19. Januar

Samstag nachmittag:
Hirsau bei der Nagoldbrücke, 4.45 Uhr
Calw auf dem Marktplatz, 6.15 Uhr
Bei ungünstigem Wetter in den evang. Kirchen

Sonntag vormittag:
Mitwirkung in den Gemeinde-Gottesdiensten zu **Bad Liebenzell, Unterreichenbach und Bieselsberg.** Anschließend Nachspiel im Freien.

Sonntag nachmittag:
Abschlussblasen im liturgischen Nachmittags-Gottesdienst der Pfarrei **Pforzheim-Neustadt** in der Kirche zu **Brödingen** um 4 Uhr.
Gespelt werden die gehaltvollen deutschen Chordir. Die Bevölkerung wird herzlich eingeladen!

Vergessen Sie nicht den Besuch der Stoffmalkurse

heute und morgen im Saale des Restaurants **Weiß** in der Badstraße, und zwar jeweils von 3-5 Uhr nachmittags und 8-10 Uhr abends.

Hirsau

Morgen Samstag u. Sonntag halte ich

Mekel-Suppe

und lade hiezu freundlichst ein

E. Sattler

Gasthof z. „Waldhorn“

Schöne **Zwei-Zimmer-Wohnung** hat zu vermieten **S. Hennesarth, Schließstäde.**

Auto-Reparaturen **Schmid** Tel. Calw 311.

Stammheim.

Sonntag, 19. Januar, findet im **Waldhorn-Saale**

Große Tanz-Unterhaltung

statt. Es laden ein **Tanz- und Streichkapelle Stammheim** Besitzer **F. Wohlgenuth.** Beginn 2 Uhr.

Oberreichenbach

Am Sonntag, den 19. ds. Mts. findet im Gasthaus zum „Löwen“

Tanz-Unterhaltung

statt. Ia. Jazzmusik. Es ladet höflichst ein **Der Besitzer: K. Kusterer**

Am Sonntag, den 19. Januar macht der **Musikverein Altburg** einen **Tanzausflug** ins Gasthaus zum Löwen nach **Würzbach** wozu freundlichst einladet **der Verein.**

Empfehle mich gleichzeitig zu meiner am **Samstag und Sonntag** stattfindenden **Mekelsuppe** und lade höflichst ein **der Besitzer M. Rugele zum Löwen.**

Am Sonntag, den 19. Januar 1930 findet im **Gasthaus zum „Hirsch“** in **Effringen** eine große **Tanz-Unterhaltung** statt, ausgeführt von der **Feuerwehr-Kapelle Bad Liebenzell** Zu zahlreichem Besuch laden ein **die Kapelle** der **Besitzer: R. Bihler**

Arbeitsames christliches **Mädchen** auf 1. Februar für Hausarbeit gesucht. Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Stammheim. Eine zum 3. mal trüchtige **Ruh** hat zu verkaufen. **Johannes Koller, Zimmermann.**

Frisches Gemüse
Rotkraut
Wirsing
Rosenkohl
Blumenkohl
Schwarzwurzeln
Gelbe Rüben
Rote Rüben
Meerrettich
Salate
empfiehlt **Ph. Mast**

Erich
Täglich
der So
An
a) im
die Sell
b) im
die Sell
Auf S
komm
Für
kann
übern
für de
Nr.
Auflegu
für S
U. S
Einigun
men. Die
Deutschlan
ersten Tra
ternati
tionen
bigermächt
durch dem
Reichsb
und entspre
Sachversta
Abkommen
1930 fe
Diese S
geri, falls
daß der M
Hauszahlun
Sperfrist
Reparatur
graph 6 die
nach dem
günstig mit
In der
von franzö
die Durchf
monopol d
von seite
ihrerseits
der Repara
dienst der
Kreigerant
keine Schw
Lardieu
germächt
liferung de
durch ander
werden wil
gehoben. I
dem Abkom
Reparatur
land dazu
leibe keines
der deutsche
tuge Abkom
sammenarbe
Die sechs
die Frage
war ursprüng
Verzicht auf
auch einen
schiffe aus
sämtlichen
Einzelabkom
Gläubigerm
D
El Saag
folgende M
Vor B
Reichsmi
lichen Dele
Preise liefe
des englisch
Reichsmi
Sanktionsfr
tan haben
deutschen Pr
auch der Eng
nicht weiter
deute es
Enowden ge
nierung eine
einzelne Nat
Internation
Frage wurde
mals bejaht
Wirth, daß
Frage komm
Gläubigerm
für Internat